

Wer wählt die AfD?

Ökonomische, politische und kulturelle Determinanten des Aufstiegs des Rechtspopulismus

Auf der Suche nach Klärungen des Verhältnisses von politischer Krise und sozialem Protest verweisen Leisewitz/Reusch/Wiegel/Zander in ihrem Übersichtsartikel in Z 117 auf die Gefahr einer Spaltung von „kulturell-identitären“ und sozialen Konflikt und betonen demgegenüber deren strukturelle Verknüpfung: „Die sich um das Thema Migration gruppierenden Konflikte haben zwar auch eine kulturelle Seite, sie richten sich aber zunehmend auch gegen kapitalistische Strukturen, die z. B. Rassismus begünstigen.“ (97) Schon bei Marx finden wir den bekannten Hinweis auf die Lähmung der selbstständigen Arbeiterbewegung in den USA durch die parallele Existenz der Sklaverei: „Die Arbeit in weißer Haut kann sich nicht dort emanzipieren, wo sie in schwarzer Haut gebrandmarkt wird. Aber aus dem Tod der Sklaverei entsproß sofort ein neu verjüngtes Leben.“ (MEW 23: 318).

Der Konnex von Konflikten um (Flüchtlings- und migrantische) Diskriminierung an kapitalistische Klassenstrukturen ist allerdings keineswegs unumstritten. Cornelia Koppetsch (2018) etwa benennt zwar die fehlende Adressierung wachsender sozialer Ungleichheiten und ökonomischer Ausbeutung durch linke Politik, verneint aber die Möglichkeit, dass die Wahl recht(spopulistischer) Parteien ein Ausdruck dieses Zusammenhangs sein könnte, den sie als „Notwehr“-These abqualifiziert. Rechtspopulismus etwa wie Fraser (2017) als Protest gegen ökonomische Ausbeutungs- und Ungleichheitsverhältnisse zu interpretieren, sei lediglich ein „wohlmeinender Deutungsversuch“, weil man – so das etwas unterkomplexe Argument – mit der Wahl einer rechtspopulistischen Partei als „sozial Gekränkter“ ja gegen seine „ureigenen Interessen“ verstoße (Koppetsch 2017: 221).

Im Kontext des Themas Flucht/Migration sind es insbesondere die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien, die eine ganze Reihe von sozialwissenschaftlichen Untersuchungen initiiert haben, welche sich in Fragestellung und Gegenstand zwar ähneln, aber unterschiedliche Aspekte betonen, sich unterschiedlicher Datenquellen bedienen und auch methodisch stark variieren. Wir wollen im Folgenden einige Studien beleuchten, die sich der Frage primär über quantitative Datensätze annähern.

Hoch umstritten wie die politische Partei selbst ist auch die Forschung zur AfD – dies steht auf der einen Seite im Zusammenhang mit den gewählten Erklärungsmodellen, die stets auch politische Implikationen nahelegen. Auf der anderen Seite hängt das mit dem Wandel der Partei AfD selbst zusammen, der einen Umbruch auch ihres Elektors nahelegt und der den Erhebungszeitpunkt/-raum zentral werden lässt. Gegründet als eurokritisch-neoliberale „Pro-

fessorenpartei“ radikalisierte sie sich ab 2015 – ein Prozess, der bis dato als unabgeschlossen gelten kann. Die Flüchtlingsbewegungen dieser Zeit und deren politische Bearbeitung begleitete die AfD radikal ablehnend und unterschied sich damit von fast allen etablierten politischen Organisationen und Positionen auch der Medienlandschaft.¹ Die organisatorische Kontinuität bei gleichzeitigen inhaltlichen Positionsveränderungen muss daher sozialwissenschaftlich besondere Berücksichtigung finden und zu vorsichtigen Interpretationen anhalten. Umstritten ist dabei durchaus schon, was sich durch die Wahl der AfD eigentlich ausdrückt: Verdichtet sich hier ein geschlossenes rechts-populistisches Weltbild zu einer konsequenten Wahlentscheidung? Oder handelt es sich um einen eher situativen Ausdruck eines Protests, wie die Wahl-nachbefragungen diesen Wahlakt regelmäßig nahelegen?²

Empirische Befunde im soziologischen Diskurs

Der Leipziger Soziologe Holger Lengfeld, auf den sich auch Koppetsch bezieht, verneint in einem breit rezipierten Aufsatz in der KZfSS (2017) die selbst gestellte Frage: „Die ‚Alternative für Deutschland‘: eine Partei für Modernisierungsverlierer?“ Auf der Basis von Umfragedaten aus dem Jahr 2016 errechnet er, dass die „für Modernisierungsverlierer typischen niedrigen Statuslagen (geringer Bildungsgrad, berufliche Tätigkeit als Arbeiter und geringes Einkommen) (...) keine signifikant höhere Wahrscheinlichkeit auf die Absicht, in der kommenden Bundestagswahl für die AfD zu stimmen“, aufweisen. Gleiches gelte für Personen, die „sich als Verlierer der gesellschaftlichen Entwicklung betrachten“ (209). Im Gegenteil legen – so der Autor – seine Ergebnisse nahe, dass eher mittlere und höhere Statuslagen eine AfD-Wahlabsicht haben. Wenn nicht in der sozioökonomischen Deprivation, worin sieht Lengfeld dann die Treiber für einer Unterstützung der AfD? Hier stellt er einige Spekulationen an und nennt etwa „eine negative Einstellung zur Zuwanderung, antimuslimische Haltungen, der Verlust der nationalen Identität und die Befürwortung einer generellen Begrenzung der europäischen Integration“ (226). Letztlich muss er aber im Vagen verbleiben – nicht zuletzt aufgrund des fehlenden Datenmaterials. Was die politischen Schlussfolgerungen angeht, ist er sich dagegen sehr sicher: „Wenn die AfD von den Modernisierungsverlierern, wie gezeigt, nicht öfter gewählt werden würde als von den Mittelschichten und den gesellschaftlich Bessergestellten, so werden Wahlkampfstrategien der anderen Parteien, die die materiellen

¹ Auffällig in jenen Monaten ist im Übrigen die grundlegend zustimmende Position vor allem der Springer-Presse zur Flüchtlingspolitik der Bundesregierung, die sich damit deutlich unterscheidet etwa von den Veröffentlichungen der BILD-Zeitung zu Beginn der 1990er Jahre (vgl. dazu die Studien des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung DISS in den Jahren 1991-1994).

² So diagnostiziert etwa infratest dimap nach der letzten Landtagswahl in Bayern, dass 91% der AfD-Wähler der Frage zustimmen: „Die AfD ist die einzige Partei, mit der ich meinen Protest ausdrücken kann.“ In eine ähnliche Richtung verweisen Ergebnisse nach der Landtagswahl in Hessen (ebenfalls 2018), nach denen nur bei 29% der AfD-Wähler die Wahlentscheidung aus „Überzeugung für meine eigene Partei“ und gleichzeitig 62% aus „Enttäuschung über andere Parteien“ erfolgte. (<https://www.infratest-dimap.de/>)

Interessen der Modernisierungsverlierer adressieren, nicht sehr erfolgreich sein. (...) Denn offensichtlich sind die Gründe, die Menschen dazu bringen, die AfD zu unterstützen, andere als wirtschaftlicher Art.“ (226f.) Ergo: In der hier vorgestellten Logik bedarf es auch keiner Veränderung etwa neoliberaler Austeritätspolitik, denn diese habe ohnehin keinen Einfluss auf das Wahlverhalten potentieller AfD-Wähler.

Lengfelds Beitrag ist nicht nur auf Zustimmung sondern auch auf deutlichen Widerspruch gestoßen. Exemplarisch sei hier auf zwei Beiträge ebenfalls aus der KZfSS verwiesen. So moniert Thomas Lux (2018), dass in der massenmedialen Rezeption die deutlichen Beschränkungen des von Lengfeld genutzten Datensatzes unberücksichtigt blieben. Damit bestehe die Gefahr, die plakative Aussage, dass eher höhere Statuslagen eine Neigung zur AfD-Wahl hätten, unreflektiert weiterzutragen. Lux verweist auf vier Kritikpunkte an Lengfelds Daten:

- 1) Zunächst sei die Zahl der Personen mit AfD-Wahlabsicht gering (Netto n=58), so dass bei einer weiteren Aufgliederung sehr kleine Zellenbesetzungen zu erwarten seien.
- 2) Aufgrund der geringen Gruppengröße sei mit den Arbeitslosen zudem eine der (wenn nicht die) wichtigste Gruppe der „Modernisierungsverlierer“ von vornherein aus der Analyse ausgeschlossen gewesen.
- 3) Des Weiteren sei die Wahlabsicht über eine offene Frage erhoben worden, die sich von der Situation in einer Wahlkabine (Vorgabeliste der Parteien) klar unterscheidet. (14)
- 4) Schließlich habe aufgrund der eingeschränkten Datenlage auch das Haushaltseinkommen der Befragten nicht bedarfsgewichtet werden können. (14f.)

Die von Lux in seinen eigenen Berechnungen genutzten ALLBUS-Daten sind zeitlich kurz vor Lengfelds Daten erhoben worden, er selbst kommt nach Abschluss von fehlenden Werten auf eine Anzahl von 277 Personen, die eine Wahl der AfD beabsichtigen. „Während meine Ergebnisse zu den demografischen Charakteristika relativ gut mit den Ergebnissen Lengfelds vereinbar sind (stärkere Neigung zur AfD-Wahl für Männer und Ostdeutsche, kaum Unterschiede hinsichtlich des Alters), weichen sie in Bezug auf die objektiven Statuslagen von Lengfelds Befunden ab. Denn meine Ergebnisse zeigen, dass ‚Modernisierungsverlierer‘ – operationalisiert über das bedarfsgewichtete pro Kopf Haushaltsnettoeinkommen (Nettoäquivalenzeinkommen) – eine deutlich stärkere Neigung zur AfD-Wahl aufweisen als andere Personen: Während in der unteren Einkommensschicht ca. 15% die AfD wählen würden, sind dies in der Mittel- und Oberschicht jeweils nur ca. 9%.“ (7) Analoge Ergebnisse präsentiert Lux in seinen deskriptiven Analysen mit Blick auf die berufliche Stellung sowie die Bildungslagen. Auch hier neigen die „Modernisierungsverlierer“ (niedrige berufliche Stellung, geringere Bildungsabschlüsse) deutlich stärker zur Wahl der AfD.

Auf der Basis des SOEP 2016 untersucht Schröder (2018) ebenfalls die Frage

nach der Besonderheit der AfD-Wähler in seiner Studie mit dem bezeichnenden Titel „AfD-Unterstützer sind nicht abgehängt, sondern ausländerfeindlich“. Als abhängige Variable dient die im Datensatz abgefragte Parteipräferenz, als unabhängige (neben den Standardkontrollvariablen) zunächst die Variablen zu Statuslage und subjektiver Zufriedenheit mit dem sozialen Status. Er folgt dabei Lengfeld und stellt fest: „Dies spricht dafür, dass Lengfeld Recht hat: Weder haben Modernisierungsverlierer eine Präferenz für die AfD, noch Menschen, die sich so fühlen. Die bivariaten [d.h. zwei Variablen betreffend, d. Verf.] Analysen zeigten zwar, dass beispielsweise Menschen mit einem niedrigeren Einkommen und Berufsprestige tendenziell der AfD zuneigen. Doch die multivariate Analyse zeigt, dass sich dies durch Kontrollvariablen erklären lässt.“ (9) Am stärksten lasse sich AfD-Unterstützung in dieser Perspektive durch Unzufriedenheit mit der Demokratie erklären. Nehme man allerdings den Erklärungsfaktor „ausländerfeindliche Einstellungen“ hinzu, sei es letztlich dessen Ausprägung, „die unabhängig von der objektiven oder subjektiven Schichtlage die AfD-Sympathie bedingen“ (18). Zugespitzt könne man daher sagen, „dass AfD-Unterstützer Ausländern gegenüber feindlich eingestellt sind, sich ansonsten aber kaum von sonstigen Deutschen unterscheiden.“ (18)

Allerdings hat sich auch an Schröders Vorgehen Kritik entzündet. Einerseits sind auch seine Daten zu einem Zeitpunkt erhoben worden, bevor die AfD ihren angesprochenen Wandel in Wahlerfolge umzumünzen verstand. Insoweit ist es fraglich, ob man zum Veröffentlichungszeitpunkt der Studie auf der genutzten Datenbasis tatsächlich Aussagen über das aktuelle Elektorat dieser Partei treffen kann/sollte; ein Indikator dafür ist auch der geringe Anteil von Befragten (ca. 500 von knapp 25000 in der untersuchten SOEP-Welle), die eine AfD-Präferenz äußern im Vergleich zum deutlich höheren Anteil von AfD-Wählern bei Wahlen im Veröffentlichungsjahr 2018. Zudem sind die beiden Variablen mit dem stärksten Erklärungsgehalt für AfD-Unterstützung im Original-Fragebogen in dieser Form erfragt worden:

- Frage 148: Wie ist es mit den folgenden Gebieten – machen Sie sich da Sorgen?

(11 bzw. 12 Unterfragen, Ausprägung „Große Sorgen. Einige Sorgen. Keine Sorgen“) Schröder nimmt Bezug auf die Unterfrage „Über die Zuwanderung nach Deutschland“

- Frage 149: Das Thema Flüchtlinge ist in Deutschland umstritten: Was würden Sie persönlich zu den folgenden Fragen sagen?

(5 Unterfragen, 11er-Skala) Die von Schröder gewählte Unterfrage lautet: „Wird Deutschland durch Flüchtlinge zu einem schlechteren oder besseren Ort zum Leben?“

Festzuhalten ist, dass die deutlich werdende inkonsistente Nutzung von „Zuwanderung“ versus „Flucht“/„Flüchtlinge“ Irritationen hervorrufen. Es ist keineswegs davon auszugehen, dass diese Kategorien von allen als gleichbedeutend assoziiert werden (hier sei vorweggenommen, dass insbesondere die von uns in unserer eigenen Untersuchung geführten qualitativen Interviews Schröders Gleichsetzung deutlich widersprechen). So ist vorstellbar, dass Befragte

Flüchtlingen offen und solidarisch gegenüber eingestellt sind und Hilfe in Not für eine Selbstverständlichkeit halten, unregulierte Arbeitsmigration jedoch ablehnen. Bei Schröder fließt alles zusammen in den Begriff der „Ausländerfeindlichkeit“, der sich wiederum verschließt gegen Begründungen, die womöglich hinter dem Antwortverhalten stehen. Hier besteht somit die Gefahr, dass eine mächtige Kategorie aufgebaut wird, die sich verselbständigt, ohne nach ihrem Realitätsgehalt befragt zu werden.

Multidimensionale Erklärungsansätze

Diese Frage muss spätestens dann gestellt werden, wenn von den Autoren im Rückschluss wiederum weitgehende gesellschaftliche und politische Strategien vorgeschlagen werden. Lengfeld etwa zieht aus seiner These, es seien nicht die sozioökonomischen sondern die „kulturellen Modernisierungsverlierer“, die der AfD zuneigen, den Schluss: „Sozialpolitik scheint in diesem Konflikt fast bedeutungslos zu sein.“³ Es ist Lux (2018: 26) zuzustimmen wenn er moniert, dass sich aus diesen Datenbeschränkungen spätestens dann ein Problem ergibt, „wenn entsprechende Ergebnisse umfassend massenmedial verbreitet werden, ohne auf die Besonderheiten der genutzten Daten und deren potenziellen Einfluss auf die Ergebnisse hinzuweisen oder hinweisen zu können.“ (26)

Auch Susanne Rippl und Christian Seipel (2018) weisen in ihrer in der gleichen Ausgabe der KZfSS erschienen Kritik an Lengfelds Veröffentlichung eine eindimensionale Erklärung des Phänomens rechtspopulistischer Orientierungen zurück. Neben methodischen Problemen (insb. Kritik an der Fallzahl in Lengfelds Sample) reiße die Zurückweisung sozioökonomischer Erklärungsansätze zudem eine Lücke auf, die theoretisch und empirisch gefüllt werden müsse. Sie selbst ergänzen daher zwei weitere Ansätze („cultural backlash“ und „Postdemokratie“), prüfen deren Erklärungsgehalt (sowie den Ansatz der „Radikalisierung der Mitte“) und Lengfelds Schlussfolgerung anhand einer Analyse von Allbusdaten von 1996, 2006 und 2016. Die AutorInnen gelangen auf diese Weise zu deutlich differenzierteren Ergebnissen – allerdings auch auf der Basis einer Erhebung, die von April bis September 2016 durchgeführt wurde. Aus ihrer Sicht ergibt sich mit Blick auf die Wähler der AfD: „Schaut man auf ihre Sympathisanten, so findet sich hier zwar ein erheblicher Teil von Personen, die der Mitte der Gesellschaft zuzurechnen sind, dennoch zeigen unsere Befunde, dass sich eine Neigung zur AfD häufiger bei geringer Gebildeten und bei Personen mit unterdurchschnittlichen ökonomischen Ressourcen findet.“ (Rippl und Seipel 2018: 251) Gerade Angehörige unterer sozialer Schichten seien von Bedrohungswahrnehmungen besonders betroffen und griffen auf das an nationalstaatliche Zugehörigkeit gekoppelte Sicherheitsversprechen zurück: „Der AfD ist es gelungen, soziale Konflikte als kulturelle Konflikte darzustellen und Verteilungskämpfe (etwa die Folgen zunehmender sozialer Ungleichheit, die Verteuerung von Wohnraum, Armut) zu

³ Pressemitteilung 2019/035 der Universität Leipzig, abgerufen am 1.3.2019, <https://www.uni-leipzig.de/newsdetail/artikel/mit-sozialer-gerechtigkeit-koennen-parteien-derzeit-nicht-besonders-punkten-2019-02-15/>

kulturellen Kämpfen umzudefinieren, wobei Zuwanderung und Flüchtlinge für Entwicklungen verantwortlich gemacht werden, die tatsächlich die langfristigen Folgen einer neoliberalen Politik darstellen.“ (Rippl und Seipel 2018: 251)

Diese mehrdimensionale Perspektive stellt eine deutliche Differenzierung des Phänomens dar – dies gilt insbesondere für die Offenlegung der Strategie einer Kulturalisierung sozialer Konflikte durch den formierten Rechtspopulismus – denn selbst wenn man die relative Autonomie kultureller Sinnzuweisung hoch schätzt: Ohne eine sozioökonomische und auch politische Grundierung würde dieser Lack bei einem nicht unerheblichen Teil des Elektorats nicht halten.

Festzuhalten ist, dass eine Erhöhung des Differenzierungsgrads der einbezogenen Variablen dem Komplexitätsniveau des Feldes besser entspricht. Das gilt insbesondere dann, wenn die Fallzahlen der quantitativen Erhebungen eher gering sind und fast schon von qualitativen Erhebungen übertroffen werden (vgl. dazu weiter unten die aktuellen Untersuchungen von Dörre und seinem Umfeld oder die älteren Studien, die im Heitmeyer-Kontext erhoben wurden), die das Feld deutlich tiefgehender analysieren können.

Wenn zudem bei Lengfeld, Schröder und auch bei Rippl/Seipel von einer ökonomisch-orientierten Perspektive die Rede ist, so ist damit in der Regel eine auf wenige Variablen („objektiver“ und subjektiver Art) begrenzte Skizzierung des sozioökonomischen Status und des Gefühls ökonomischer Deprivation bei den „Modernisierungsverlierern“ gemeint. Diese Beschreibung ist notwendigerweise löchrig, da sie einen Großteil der konkret erfahrenen sozioökonomischen Vergesellschaftung ausblendet: den Betrieb und die täglichen Arbeitserfahrungen. Denn Erfahrungen als „Modernisierungsverlierer“ können sehr konkret sein, und ökonomische Deprivation ist mehr als die (Selbst-) Verortung in einem abstrakten Einkommensspektrum. Nimmt man das Beispiel der Ausbreitung der prekären Arbeit, so wird einerseits deutlich, wie sinnvoll es ist, die drei Dimensionen Kultur, Politik und (Sozio-)Ökonomie zu adressieren, wie es ich bei Rippl/Seipel findet; andererseits ist schnell zu erkennen, wie eng alle drei Aspekte im betrieblichen Alltag miteinander verwoben sind. Denn selbstverständlich stellt etwa die Anwesenheit von prekär Beschäftigten (Leiharbeit, Werkvertrag) aufgrund schlechterer Entlohnung und problematischer Arbeitsbedingungen bis hin zum vernachlässigten Arbeits- und Gesundheitsschutz eine ganz konkrete erfahrbare, materielle Bedrohung dar (sozioökonomische Dimension). Prekäre Arbeit im unmittelbaren Arbeitsumfeld versinnbildlicht darüber hinaus die Entwertung von beruflicher Anerkennung durch diese erfahrene Abwertung, den Verlust von Sicherheiten, Planbarkeit und Partizipationschancen (Brinkmann et al. 2006). Die neu aufscheinende bedrohliche Substituierbarkeit beraubt die Organisation zudem einer Kultur der Zugehörigkeit, wie sie zumindest für die (oftmals männlichen und nicht-migrantischen) Stammbesellschaften in der Hochphase des Fordismus zutreffend und darüber hinaus für weite Teile der Arbeitsgesellschaft als normative Folie existent war. Aber statt einer Homogenisierung von Ansprüchen und deren Ausweitung auf teilweise oder weitgehend ausgeschlossene Gruppen wie Frauen und MigrantInnen droht nun eine

Dumping-Angleichung nach unten, die mit einer Zersplitterung von klassenbasierter Akteursmacht einhergeht, somit die Kultur kollektiven Handelns unterminiert und individualisierte Ohnmacht produziert (kulturelle Dimension). Hier wird die direkte Verbindung politischer Entscheidungen auf der Makro-Ebene mit der Arbeits-, Betriebs- bis hin zur Tarifpolitik deutlich. Kurz: Eine gesellschaftliche Politik der Prekarisierung verengt die mikropolitischen Spielräume und Machtressourcen. Das Hartz-Regime schlägt sich damit auch auf das Feld der Unternehmen nieder. Die Entmachtung bzw. Ohnmacht des Faktors Arbeit über die Disziplinierung durch Prekarisierung ist ein in der Literatur gut analysiertes Phänomen (mit Blick auf den Zusammenhang von Arbeitswelt und Rechtspopulismus vgl. Sauer et al. 2018).

Versuch einer Typologie:

Die Verunsicherten, die Befriedeten und die Sozialkritischen

Wir haben in einer eigenen Erhebung zum Thema „Flucht und Migration im Kontext arbeitsweltlicher Herausforderungen“ einen Ansatz gewählt, der quantitative und qualitative Erhebung zu kombinieren versucht und sich auf eine besondere und bisher wenig untersuchte Gruppe von Gewerkschaftsmitgliedern konzentriert, die wir als „gewerkschaftlich Engagierte“ bezeichnen. Diese Ehrenamtlichen stellen eine Art Scharnier zwischen den Mitgliedern und den Hauptamtlichen dar. Wir suchten sie vor allem auf gewerkschaftlichen Bildungsseminaren auf und führten dort qualitative Interviews (n=20) und quantitative Erhebungen (über Unipark, eine Plattform für Online-Erhebungen; n=250) durch⁴.

| | CDU/ CSU | SPD | Linke | FDP | Grüne | AfD | Sonstige |
|---------------------------------------|-------------|------|-------|------|-------|------|----------|
| Alle WählerInnen | 33,0 | 20,5 | 9,2 | 10,7 | 8,9 | 12,6 | 5,0 |
| Alle Gewerkschaftsmitglieder | 24,0 | 29,0 | 12,0 | 7,0 | 8,0 | 15,0 | 5,0 |
| Gewerkschaftsmitglieder Hessen | 17,3 | 28,3 | 8,4 | 4,9 | 18,2 | 17,0 | 5,9 |
| Untersuchungssample | 8,6 | 35,5 | 23,9 | 2,0 | 6,6 | 13,2 | 10,1 |

Neben zahlreichen Einzelbefunden, die die Bedeutung einer ausdifferenzierten Untersuchungsanlage verdeutlichen und die wir hier aus Platzgründen

⁴ Für Details zu Erhebungsmethoden, Sample, Auswertungsstrategien vgl. Brinkmann/Hassan-Beik/Zappino (2019).

nicht referieren können, möchten wir auf ein wichtiges Ergebnis verweisen, das einen Hinweis auf die Zentralität einer prekären sozioökonomischen Lage und einer gleichzeitig wahrgenommen fehlenden Repräsentation durch die politischen Parteien gibt.

Schaut man auf aktuelle Wahlergebnisse (Tabelle 1, obere drei Zeilen) sowie die Sonntagsfrage, die in unserem Sample gestellt wurde (Tabelle 1, unterste Zeile), so wird deutlich, dass die befragten gewerkschaftlich Engagierten („Untersuchungssample“) hinsichtlich des AfD-Wahlergebnisses im Mittelfeld platziert sind, mit 13,2% aber immer noch einen hohen Wert aufweisen.

Wir haben im Folgenden eine Clusteranalyse über die zentralen Variablen der verschiedenen Untersuchungsbereiche durchgeführt und eine drei-Cluster-Lösung gewählt, in der die drei Cluster ähnlich groß sind:

- Cluster 1: Die Verunsicherten

Bei Cluster 1 ist zunächst auffällig, dass es sich um jene Gruppe handelt, die die höchsten Zustimmungswerte zu fremdenfeindlichen Aussagen aufweist. Zugleich ist dieses Cluster dasjenige mit den größten Abstiegsorgen und dem deutlichsten Vertrauensverlust in die Politik. Außerdem fällt die Einschätzung der subjektiven Handlungsmöglichkeiten hier im Vergleich zu den anderen Clustern am pessimistischsten aus, ebenso ist ein Unbehagen an der kapitalistischen Gesellschaftsformation erkennbar. Da neben der Zustimmung zu rechten Aussagen vor allem die Abstiegsorgen und die Ohnmachtswahrnehmung bestimmend sind, beschreiben wir dieses Cluster als die „Verunsicherten“.

- Cluster 2: Die Befriedeten

Cluster 2 stellt eine Zwischengruppe dar, die in vielen Bereichen im Mittelwertvergleich zwischen den Clustern 1 und 3 liegt. Bei genauerer Betrachtung fallen jedoch zwei Werte auf: der hohe Mittelwert für die Sicherheit im Kapitalismus und der niedrige Mittelwert für die Sozialkritik. Diese Gruppe fühlt sich in der aktuellen kapitalistischen Formation am sichersten und konstatiert zugleich am wenigsten einen Abbau von Sozialleistungen. Da das Pendel somit insgesamt wenig ausschlägt und keine Kritik in politische Ambitionen umgesetzt wird, kennzeichnen wir diese Gruppe als die „Befriedeten“.

- Cluster 3: Die Sozialkritischen

Cluster 3 stellt in mehrfacher Hinsicht den gegensätzlichen Pol zu Cluster 1 dar. Hier liegen im Mittelwertvergleich die niedrigsten Zustimmungsraten zu rechten Einstellungen vor. Gleichzeitig fällt die Sozialkritik hier am schärfsten aus, obwohl in diesem Cluster die geringsten Abstiegsorgen herrschen, und die subjektiven Einflussmöglichkeiten am optimistischsten eingeschätzt werden. Wie bei Cluster 1 ist hier ebenfalls ein deutliches Unbehagen im Kapitalismus zu erkennen. Die Sozialkritik ist das markanteste Element dieser Gruppe, daher bezeichnen wir sie als die „Sozialkritischen“.

Schaut man nun auf das Ergebnis der Sonntagsfrage nach Clustern differenziert (Tabelle 2), so wird mit Blick auf das AfD-Wahlergebnis deutlich, dass der

Wert für die Gesamtgruppe von 13,2% nachhaltig vom Ergebnis für Cluster 1 geprägt wird, wo die AfD von knapp 30% gewählt wird im Vergleich zu ca. 5% in den anderen beiden Clustern. Neben den höheren Zustimmungmen zu fremdenfeindlichen Aussagen sind es aber vor allem Abstiegsorgen und politische Ohnmachtswahrnehmungen, die dieses Cluster der „Verunsicherten“ prägen.

Tabelle 2: Wahlpräferenzen im Clustervergleich

| | CDU/ CSU | SPD | Lin- ke | FDP | Grü- ne | AfD | Sons- tige |
|-----------------------------|-------------|------|------------|-----|------------|------|---------------|
| Die Verunsicherten | 10,6 | 29,8 | 10,6 | 4,3 | 4,3 | 29,8 | 10,6 |
| Die Befriedeten | 11,7 | 41,7 | 20,0 | 3,3 | 5,0 | 5,0 | 13,3 |
| Die Sozialkritischen | 4,2 | 33,3 | 37,5 | 0,0 | 11,1 | 5,6 | 8,3 |

Bei den Verunsicherten kann im Unterschied zu den Sozialkritischen ein deutlicher Zusammenhang zwischen Abstiegsangst und rechter Grundorientierung ausgemacht werden. Es handelt sich bei den Verunsicherten vornehmlich um eine abstiegsbedrohte Gruppe, die kaum mehr politische Handlungsfähigkeit sieht und soziale Konflikte nationalistisch und fremdenfeindlich umdeutet.

Die Melange aus Abstiegsängsten, Vertrauensverlust in die Politik sowie Ohnmachtserfahrungen ist das Resultat neoliberaler Sachzwanglogik, die die Demokratie der Marktconformität unterordnet und gesellschaftliche und betriebliche Steuerungsansprüche dem Schalten und Walten freier Märkte preisgibt. Rechtspopulistische Parteien nehmen diese Deklassierungserfahrungen scheinbar auf, indem sie die sozioökonomischen Antagonismen in kulturelle (ethnische, geschlechtsspezifische, regionale u.a.) Differenzen umdefinieren.

Um den Bogen zum Anfang zu schlagen: Um einer zufriedenstellenden sozialwissenschaftlichen Analyse, aber auch um der Einheit einer politischen Gegenbewegung zum gegenwärtigen Rechtsruck willen (vgl. dazu auch Paulitz 2019) bedarf es einer unvoreingenommen und differenzierten Herangehensweise an die Frage, wer das Elektorat von Parteien wie der AfD ist, die nicht a priori einzelne Aspekte und deren Verwobenheit ausblendet: Vom expliziten Rassismus, bis hin zu kulturellen, politischen und – wie dieser Beitrag zeigen kann – vor allem auch sozioökonomischen Erklärungsfaktoren. Letztere – so unser Plädoyer – sollten sich nicht auf aggregierte Daten beschränken, sondern die betriebliche Wirklichkeit und ihre Zumutungen in Rechnung stellen.

Literatur

Brinkmann, Ulrich, Klaus Dörre und Silke Röbenack (2006): *Prekäre Arbeit : Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse* (Unter Mitarbeit von Klaus Kraemer und Frederic Speidel). Bonn.

Brinkmann, Ulrich, Maren Hassan-Beik und Lukas Zappino (2019): *Solidarität und*

- Skepsis. Flucht, Migration und soziale Frage aus der Sicht gewerkschaftlich Engagierter. In: WSI Mitteilungen 72 (3): 202-211.
- Fraser, Nancy (2017): Für eine neue Linke oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik (2): 71-76.
- Koppetsch, Cornelia (2017): Rechtspopulismus, Etablierte und Außenseiter. Emotionale Dynamiken sozialer Deklassierung. In: Leviathan 45 (Sonderband 32): 208-232.
- Koppetsch, Cornelia (2018): Eine Welle der Nostalgie. Die akademische Mittelschicht und die illiberale Gesellschaft. Auf: <https://www.merkurzeitschrift.de/2018/08/23/soziologiekolumne-eine-welle-der-nostalgie-die-akademische-mittelschicht-und-die-illiberale-gesellschaft/#enref-10554-3> (erschienen 23. August 2018, letztmalig abgerufen 28.04.2019)
- Leisewitz, André, Jürgen Reusch, Gerd Wiegel und Michael Zander (2019): „Pressure from without“ – Soziale und politische Proteste und Bewegungen 2008 - 2018. In: Z 117 (März 2019): 87-98.
- Lengfeld, Holger (2017): Die „Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 69: 209-232.
- Lux, Thomas (2018): Die AfD und die unteren Statuslagen. Eine Forschungsnotiz zu Holger Lengfelds Studie Die „Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (<https://doi.org/10.1007/s11577-018-0521-2>).
- Paulitz, Tanja (2019): Neoliberale Schrumpfformen von Progressivität. Feministische und antirassistische Politik mit der sozialen Frage verbinden. In: Sozialismus 05/2019 (i.Ersch.)
- Rippl, Susanne/Christian Seipel (2018): Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie. Was erklärt rechtspopulistische Orientierungen? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 70 (2): 237-254.
- Sauer, Dieter, Ursula Stöger, Joachim Bischoff, Richard Detje und Bernhard Müller (2018): Rechtspopulismus und Gewerkschaften. Eine arbeitsweltliche Spurensuche. Hamburg.
- Schröder, Martin (2018): AfD-Unterstützer sind nicht abgehängt, sondern ausländerfeindlich. In: SOEPpapers (975-2018).